

Editorial 9:

Verurteilung im Fall der Todeskarawane - ein Schritt in Richtung Gerechtigkeit

29. September 2022

Von Rodrigo Bustos, Geschäftsführer von Amnesty International Chile

Vor einigen Tagen wurde bekannt, dass ehemalige Militärangehörige im Fall der "Karawane des Todes", einer der finstersten Operationen während der Pinochet-Diktatur, verurteilt wurden. Mehrere Personen wurden als Täter verurteilt, jedoch konnte Sergio Arellano Stark, der Anführer der "Caravana de la muerte", nicht verurteilt werden, da er bereits 2016 starb. Wir begrüßen dieses Urteil als einen Schritt nach vorn auf dem Weg zur Gerechtigkeit, aber es ist wichtig zu betonen, dass eine verspätete Verurteilung fast eine Verweigerung der Gerechtigkeit bedeutet.

Wir stehen in Solidarität mit den Familien aller Opfer von Menschenrechtsverletzungen, die seit 49 Jahren diesen enormen Schmerz ertragen müssen. Wir gedenken insbesondere der Familien der in Calama gefolterten und hingerichteten Personen, die an unserer symbolischen Kampagne "Sternbild der Gefallenen" ("[Constelación de los caídos](#)") teilgenommen haben, einer Initiative, die darauf abzielte, 26 Sterne mit den Namen von 26 Opfern zu benennen.

An diesem juristischen Meilenstein stehen wir jedoch vor einer erheblichen biologischen Straflosigkeit sowohl im Hinblick auf das Ableben der Angehörigen der Opfer als auch des Ablebens der Täter vor einer Verurteilung. Wir hoffen, dass die Institutionen ihre Anstrengungen verstärken werden, um alle notwendigen Ermittlungen durchzuführen, um der Gerechtigkeit näher zu kommen. Amnesty International hat wiederholt darauf hingewiesen, dass Straflosigkeit Wiederholungen hervorruft, eine Situation, die wir leider während des sozialen Aufstands von 2019 erneut erlebt haben.

Es ist auch wichtig, die Ankündigungen der Regierung bezüglich des Nationalen Plans für die Suche nach Opfern des Verschwindenlassens zu würdigen. In Chile gibt es immer noch 1.159 während der Diktatur verhaftete und verschwundene Personen, die von ihren Angehörigen noch immer gesucht werden. Deshalb ist es wichtig, dass die staatlichen Institutionen koordiniert vorgehen, um den Verpflichtungen des Staates in diesem Bereich nachzukommen. Wir begrüßen insbesondere, dass die Gestaltung dieser öffentlichen Politik in Zusammenarbeit mit den Familien der Opfer erfolgt, wie von internationalen Menschenrechtsgruppen empfohlen.

Dieser gerichtliche Vorstoß und die Ankündigungen der Regierung erfolgen in einem Kontext, in dem Vizeadmiral Ramiro Navajas nach verschiedenen Leugnungsmeldungen am 11. September die Verbrechen von neun ehemaligen Matrosen, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Diktatur verurteilt wurden, als "mutmaßlich" bezeichnete und hinzufügte, dass sie "nur ihre Pflicht getan haben". Solche Äußerungen sind in einer demokratischen Gesellschaft inakzeptabel, da alle staatlichen Institutionen - natürlich auch diejenigen, die Gewalt anwenden können - die Pflicht haben, die Menschenrechte zu achten und zu garantieren.

Abschließend möchte Amnesty International noch einmal betonen, dass es sich hierbei nicht um Probleme der Vergangenheit handelt. Es ist wichtig, dass unser Land eine solide Politik verfolgt, die uns auf dem Weg der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der umfassenden Wiedergutmachung voranbringt und gewährleistet, dass sich die Menschenrechtsverletzungen aus der Diktatur und anderen Perioden unserer Geschichte nicht wiederholen. Nur so können wir uns auf eine Zukunft zubewegen, in der die Rechte aller Menschen uneingeschränkt geachtet werden.

Original: <https://amnistia.cl/noticia/editorial-9-condena-en-caso-caravana-de-la-muerte-un-paso-hacia-la-justicia/>